

Per Mail

Datum : 20.05.25

Herr Sven Siebert, Frau Menzel/Sitzungsdienst,

**Betrifft: Vertretung der Gemeinde Hoppegarten im WSE**

Sehr geehrter Herr Siebert,

Die Fraktion **Die Linke.Hoppegarten** bittet Sie, nachfolgende Anfrage mit einer Frist von 14 Tagen ab Eingangsdatum schriftlich zu beantworten.

**Anfrage:**

- Bitte legen sie anhand der ihnen aus den Verbandsversammlungen des WSE zugänglichen Protokolle eine Übersicht ihres Abstimmungsverhaltens zu den Beschlussvorlagen in den jeweiligen Sitzungen dar, so dass nachvollziehbar wird, für welche, auch bei den Bürger belastenden Entscheidungen, die Gemeinde steht.
- Erläutern Sie gern ihre Gründe für Zustimmung oder Ablehnung, soweit sie annehmen müssen, dass ihr Abstimmungsverhalten kontrovers diskutiert werden könnte oder dass sie damit unter Umständen nicht den Willen der Gemeinde vollumfänglich abgebildet haben.
- Bitte zeigen sie auf, inwiefern sie sich und mit welchem Ergebnis erkundigt haben, welche Möglichkeiten es gibt, die betroffenen Bürger/Haushalte vor Mehrbelastungen zu schützen, insbesondere für die Fragestellungen:
  - der Gartenwasserzähler,
  - der Abwassergebühren für „Klärgrubenbesitzer“,
  - der Beschränkung von Wasserentnahmemengen,
  - der Versagung von Wasserkontingenten für kommunale Bauten.
- Bitte stellen sie bitte auch dar, inwiefern die Verwaltung dazu eventuell Gegendarstellungen, Stellungnahmen oder Erwiderungsanträge etc. verfasst hat (auch gemeinschaftlich mit anderen Gemeinden).
- Gibt es desweiteren nach ihrem derzeitigen Kenntnisstand Absichten des WSE, die den gemeindlichen Interessen absehbar entgegen stehen könnten und auf die man bereits im Vorfeld innerhalb einer Aussprache in der Gemeindevertretung eingehen sollte?

**Sachverhalt/Begründung:** Mehrfach wurde das Verhalten des WSE und der Verbandsversammlung öffentlich thematisiert und kritisiert. Hoppegarten hat aufgrund seiner Einwohnerzahl einen nicht unerheblichen Stimmenanteil in der Verbandsversammlung. Über die Haltung der Gemeindeverwaltung zu diversen Sachverhalten sind die Gemeindevertretenden nicht informiert. Daraus ergeben sich nach unserer Auffassung Spannungsfelder, die vermeidbar sind, wenn der Bürgermeister sich im Vorfeld mit der Gemeindevertretung berät. Um versäumtes aufzuholen und einen einigermaßen aktuellen Informationsstand zu erhalten, sollten die hinterfragten Informationen ausreichen. Ein entsprechender weiterführender Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke liegt ja begleitend vor.

Mit freundlichen Grüßen



Jana Köhler  
Fraktionsvorsitzende